

[Inoffizielle Übersetzung des englischen Originaltextes]

In re Holocaust Victim Assets Litigation
Aktenzeichen: CV96-4849

Überwiesener Auszahlungsentscheid

Zu Gunsten der Ansprecherin [ANONYMISIERT],
vertreten durch [ANONYMISIERT]

betreffend das Konto der Kontoinhaberin Helene Rudnicki

Geschäftsnummer: 213215/JS

Zugesprochener Betrag: 149'500.00 Schweizer Franken

Grundlage des vorliegenden Auszahlungsentscheids ist die von [ANONYMISIERT] (die „Ansprecherin“) eingereichte Anspruchsanmeldung betreffend das Konto der Helene Rudnicki (die „Kontoinhaberin“) bei der Zürcher Niederlassung des [ANONYMISIERT] (die „Bank“).

Alle Auszahlungsentscheide werden veröffentlicht. Hat jedoch ein Ansprecher, wie im vorliegenden Fall, um Geheimhaltung gebeten, werden die Namen des Ansprechers, jeglicher Verwandten des Ansprechers mit Ausnahme des Kontoinhabers, und der Bank anonymisiert.

Von der Ansprecherin eingereichte Informationen

Die Ansprecherin reichte eine Anspruchsanmeldung ein und führte aus, es handle sich bei der Kontoinhaberin um die Schwester ihres Vaters, Helene Rudnicki. Die Ansprecherin erklärte, dass ihre Tante, die jüdisch gewesen sei, am 30. März 1891 in Erfurt geboren wurde und mit Dr. Max Rudnicki, der am 3. Juni 1887 geboren wurde, verheiratet gewesen sei. Ihre Tante und ihr Onkel hätten an der Herderstr. 17 in Erfurt, Deutschland, gelebt. Die Ansprecherin führte aus, sie seien am 6. November 1939 nach England geflüchtet, gab jedoch bezüglich der nachfolgenden Umstände keine Informationen an.

Gemäss den von der Ansprecherin eingereichten Informationen hatten ihre Tante und ihr Onkel zwei Kinder: [ANONYMISIERT], der am 23. Januar 1916 in Erfurt geboren wurde und [ANONYMISIERT], die am 7. Januar 1923 in Erfurt geboren wurde. Die Ansprecherin führte aus, [ANONYMISIERT] sei in Australien und [ANONYMISIERT] möglicherweise in Belgien gestorben, gab jedoch keine genaueren Informationen an.

Aus den Bankunterlagen ersichtliche Informationen

Aus den Bankunterlagen geht hervor, dass die Kontoinhaberin Helene Rudnicki und der Bevollmächtigte Dr. Max Rudnicki war, beide wohnhaft in Erfurt. Die Bankunterlagen

beinhalten eine Vollmacht, datiert vom 12. August 1930, und Kontoauszüge. Die Bankunterlagen zeigen plausibel auf, dass die Kontoinhaberin ein Wertpapierdepot¹ besass. Aus den Bankunterlagen ist jedoch weder ersichtlich, ob bzw. wann das Depot aufgehoben und an wen das Guthaben ausbezahlt wurde, noch zeigen sie den Wert des Depots auf. Die Buchprüfer, die bei der Bank eine Untersuchung der Bankunterlagen vorgenommen haben, um nach den Anweisungen des „Independent Committee of Eminent Persons“ („ICEP“) Opferkonten zu identifizieren, konnten das Konto nicht in der Bankkartei offener Konten finden. Die Buchprüfer nahmen daher an, dass das Konto geschlossen wurde. Die Buchprüfer gaben an, dass keine Hinweise auf eine Kontenaktivität nach 1945 vorliegen.

Erwägungen des Schiedsgerichts

Identifizierung der Kontoinhaberin

Die Ansprecherin hat die Kontoinhaberin plausibel als ihre Tante identifiziert. Sie legte Dokumente vor, aus denen hervorgeht, dass sie eine Tante mit den exakt gleichen Namen (Mädchenname und Familienname nach der Heirat) hatte wie die Kontoinhaberin, die mit einem Mann verheiratet war, der den gleichen Namen trug wie der Bevollmächtigte. Die Dokumente zeigen auf, dass die Tante und der Onkel der Ansprecherin im gleichen Dorf lebten wie die Kontoinhaberin und der Bevollmächtigte. Überdies wies die Kontoinhaberin auf Max Rudnickis Titel „Dr.“ hin, was mit unveröffentlichten, aus den Bankunterlagen ersichtlichen Informationen über den Bevollmächtigten übereinstimmt.

Status der Kontoinhaberin als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung

Die Ansprecherin hat plausibel dargelegt, dass die Kontoinhaberin Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war. Die Ansprecherin erklärte, dass die Kontoinhaberin ein Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war, weil sie jüdisch war und bis 1939 unter dem Naziregime in Deutschland gelebt hatte. Die Ansprecherin belegte ihre Ausführungen mit amtlichen Dokumenten und Familienverzeichnissen.

Verwandtschaftsverhältnis zwischen der Ansprecherin und der Kontoinhaberin

Die Ansprecherin hat plausibel aufgezeigt, dass es sich bei der Kontoinhaberin um ihre Tante handelt. Sie hat Familiendokumente vorgelegt, aus denen hervorgeht, dass ihr Vater und die Kontoinhaberin Geschwister waren. Auch die übrigen Angaben der Ansprecherin sind plausibel und geben dem Schiedsgericht keinen Anlass, die vorstehenden Angaben zu bezweifeln.

Die Ansprecherin führte aus, dass die Kontoinhaberin und ihr Ehemann zwei Kinder hatten. Weder diese Kinder noch ihre Erben haben auf dieses Konto Anspruch erhoben. Unter diesen Umständen kann das Schiedsgericht gemäss Artikel 29(c) der Verfahrensregeln einem Nachkommen eines Kindes der Eltern der Kontoinhaberin, der eine Anspruchsanmeldung eingereicht hat, eine Auszahlung zusprechen. Folglich ist die Ansprecherin an einer Auszahlung berechtigt.

¹ Die Bankunterlagen enthalten eine Vollmacht, die sich auf ein „Titeldepot“, das ein Wertpapierdepot ist, bezieht. Solche Vollmachten wurden zu jener Zeit von den Banken verwendet, auch wenn es sich beim Konto nicht um ein Wertpapierdepot handelte. Obwohl diese Vollmacht nicht mit Sicherheit darauf hinweist, dass die Kontoinhaberin ein Wertpapierdepot besass, stellt das Schiedsgericht fest, dass es plausibel ist, dass die Kontoinhaberin ein Wertpapierdepot besass, da keine Informationen verfügbar sind, die dem widersprechen.

Verbleib des Kontoguthabens

Da die Ansprecherin an einer Auszahlung des Kontoguthabens nicht berechtigt wäre, falls das Kontoguthaben bereits an die Kontoinhaberin oder ihre Erben ausbezahlt wurde, hat das Schiedsgericht die Frage zu prüfen, was im vorliegenden Fall mit dem Kontoguthaben geschehen ist.

Die vom „Independent Committee of Eminent Persons“ bei ihrer Untersuchung von Bankunterlagen bei Schweizer Banken (die „ICEP-Untersuchung“) etablierten historischen Fakten zeigen, dass über das Vermögen von Naziopfern auf Schweizer Banken in verschiedener Weise verfügt wurde. In einigen Fällen haben die Kontoinhaber und/oder ihre Angehörigen die Kontoguthaben abgehoben und selbst erhalten. In anderen Fällen wurden Kontoinhaber von den Nazibehörden gezwungen, das Vermögen auf ihren Schweizer Bankkonten abzuheben und auf Banken zu überweisen, die ihnen von nationalsozialistischen Behörden vorbezeichnet worden waren; das Guthaben fiel dem nationalsozialistischen Regime in die Hände. In anderen Fällen fanden keine Transfers statt, sondern das Kontoguthaben wurde im Laufe der Zeit durch ordentliche und ausserordentliche Bankgebühren aufgebraucht, was schliesslich zu einer Kontoaufhebung führte. In wiederum anderen Fällen – insbesondere nach längerem Ausbleiben von Kontobewegungen oder nach längerer Nachrichtenlosigkeit – verfiel das Guthaben an die Bank. Daher besteht in Fällen, in denen das Kontoguthaben nicht an einen Kontoinhaber oder einen seiner Angehörigen ausbezahlt wurde – so wie nachfolgend aufgeführt offenbar im vorliegenden Fall – eine begründete Wahrscheinlichkeit, dass das Guthaben den Nazis oder aber der Schweizer Bank zufiel.

Obwohl das Schiedsgericht nicht mit Sicherheit bestimmen kann, wer das Kontoguthaben erhalten hat, stellt das Schiedsgericht jedoch fest, dass es plausibel ist, dass weder die Kontoinhaberin noch ihre Erben das Kontoguthaben erhalten haben². Die Kontoinhaberin und ihr Ehemann sind 1939 aus Deutschland geflüchtet. Aufgrund der Gesetze und Verordnungen, die in den Dreissiger Jahren in Nazideutschland angewandt wurden, ist es sehr unwahrscheinlich, dass jemand, der jüdisch war, 1939 aus Deutschland hätte flüchten können, ohne dass sein Vermögen den in der Fussnote beschriebenen Konfiskationsgesetzen unterlegen gewesen wäre. Überdies gibt es in den dem Schiedsgericht vorliegenden Informationen keinen Hinweis darauf, dass die Kontoinhaberin oder der Bevollmächtigte das

² Diese Entscheidung des Schiedsgerichts stützt sich unter anderem auf die Untersuchung von mehr als vierzig verschiedenen Gesetzen und Verordnungen, die vom nationalsozialistischen Regime zur Beschlagnahme jüdischen Auslandvermögens eingesetzt wurden. Obwohl einige dieser Gesetze bereits vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Kraft waren und obwohl viele dieser Gesetze nach aussen hin kein diskriminierendes Element enthielten, wandte das nationalsozialistische Regime diese Gesetze zunehmend in diskriminierender Weise gegen jüdische Vermögensbesitzer an. Diese Vorschriften umfassten beispielsweise zunehmend schärfere Meldepflichten und die Verpflichtung, Auslandsvermögen nach Deutschland zurückzubringen. Bis März 1938 wandte sich die beschriebene Gesetzgebung nicht ausdrücklich gegen Juden; gleichwohl wurde sie in der Praxis vor allem gegen Juden strikt durchgesetzt. Ab März 1938 begann jedoch eine gross angelegte und systematische Enteignung jüdischen Vermögens (unter anderem Vermögenswerte auf Schweizer Bankkonten). Nach einer Verordnung vom 26. April 1938 mussten Juden ihre Vermögenswerte anmelden. In der Folgezeit erliess das nationalsozialistische Regime - insbesondere durch das Wirtschaftsministerium - Gesetze und Verordnungen, mit denen die Rückführung und Beschlagnahme des Auslandsvermögens sowohl ausreisewilliger als auch nicht ausreisefähiger Juden betrieben wurde. Eine Liste aller wichtigen Gesetze und Verordnungen, die vom nationalsozialistische Regime für Beschlagnahmezwecke eingesetzt wurden, findet sich auf der Internet-Seite des Schiedsgerichts, www.crt-ii.org.

Konto geschlossen und das Kontoguthaben selbst erhalten haben. Das Schiedsgericht erachtet es daher als plausibel, dass das Kontoguthaben im vorliegenden Fall den Nazibehörden ausbezahlt wurde.

Grundlagen des Auszahlungsentscheids

Das Schiedsgericht hat festgestellt, dass aus folgenden Gründen zu Gunsten der Ansprecherin ein Auszahlungsanspruch besteht: Die Anspruchsanmeldung ist zulässig, da das Konto einem Opfer nationalsozialistischer Verfolgung gehörte und die Ansprecherin Informationen eingereicht hat, die aufzeigen, dass es sich bei der Kontoinhaberin um ihre Tante handelt (ein Verwandtschaftsverhältnis, das einen Auszahlungsentscheid rechtfertigt).

Zugesprochener Betrag

Aus den Bankunterlagen ist der Betrag des Kontoguthabens nicht ersichtlich. Gemäss Artikel 35 der Verfahrensregeln wird in Fällen, in denen, wie im vorliegenden Fall, der Wert des Kontoguthabens unbekannt ist, das Durchschnittsguthaben auf Konten gleicher oder ähnlicher Kontenart im Jahre 1945 angewendet, um den gegenwärtigen Wert des auszahlenden Kontoguthabens zu errechnen. Das Schiedsgericht hat festgestellt, dass es plausibel ist, dass die Kontoinhaberin ein Wertpapierdepot besass. Gemäss der ICEP-Untersuchung betrug das Durchschnittsguthaben eines Wertschriftendepots im Jahr 1945 13'000.00 Schweizer Franken. Gemäss Artikel 37(1) der Verfahrensregeln errechnet sich der heutige Wert dieses Guthabens, indem man den damaligen Wert mit dem Faktor 11,5 multipliziert. Dies ergibt im vorliegenden Fall eine Auszahlungssumme von 149'500.00 Schweizer Franken.

Gemäss Artikel Artikel 37(3) der Verfahrensregeln erhalten Ansprecher in Fällen, in denen der Kontowert nicht bekannt ist, zunächst eine Abschlagszahlung in Höhe von 35% des zugesprochenen Betrags. Wenn das Schiedsgericht über alle Anspruchsanmeldungen befunden hat, können Ansprecher eine weitere Zahlung von bis zu weiteren 65% des zugesprochenen Betrags erhalten. 35% des zugesprochenen Betrags entsprechen 52'325.00 Schweizer Franken

Reichweite des Auszahlungsentscheids

Die Ansprecherin wird darauf hingewiesen, dass das Schiedsgericht gemäss Artikel 25 der Verfahrensregeln weitere Untersuchungen betreffend ihre Anspruchsanmeldung durchführen wird, um festzustellen, ob eine Berechtigung an weiteren Schweizer Bankkonten besteht. In diesem Zusammenhang werden ihre Angaben mit der Gesamtkonten-Datenbank (bestehend aus Daten von mehr als 4,1 Millionen Schweizer Bankkonten, die zwischen 1933 und 1945 bestanden) abgeglichen werden.

Auszahlung des zugesprochenen Betrags

Das Schiedsgericht bearbeitet im derzeitigen Verfahrensstadium Fälle, in denen die betreffenden Ansprecher besonders wohlbegründete Ansprüche geltend machen. Das Schiedsgericht kann allerdings derzeit nicht ausschliessen, dass noch über weitere Anspruchsanmeldungen im Hinblick auf dieselben Konten zu entscheiden ist. Die vom

Schiedsgericht zur Kontrolle des Verfahrens benannten Sonderbeauftragten haben betont, dass es wichtig sei, möglichst schnell damit zu beginnen, Ansprüche an Holocaustopfer oder ihre Erben auszubezahlen. Die Sonderbeauftragten haben daher das Schiedsgericht beauftragt, in Fällen, in denen das Schiedsgericht einen besonders wohlbegründeten Anspruch festgestellt hat und wo das Risiko konkurrierender Ansprüche gering ist, Auszahlungsentscheide vorzubereiten und an das U.S.-Gericht zur Genehmigung weiterzuleiten. Dies ist vorliegend der Fall.

In vorliegendem Fall ist das Schiedsgericht der Ansicht, dass die Ansprecherin eine wohlbegründete Anspruchsanmeldung eingereicht hat, wodurch die Wahrscheinlichkeit konkurrierender Anspruchsanmeldungen wesentlich verringert ist. Auf dieser Grundlage – und unter Einbeziehung der Anweisungen der Sonderbeauftragten – empfiehlt das Schiedsgericht dem U.S.-Gericht, den vorliegenden Auszahlungsentscheid zu genehmigen, sodass die Sonderbeauftragten gemäss Artikel 37(3) der Verfahrensregeln die Auszahlung vornehmen können.

Datum

Roberts B. Owen
Dienstälterer Richter